

Fragen der Studierenden-Zeitung Halle »HASTUZEIT«

1. Für 2015 bis 2019 bekommen die Hochschulen vom Land weniger Geld als zuvor - wenn auch mehr als zunächst angekündigt. Finanziert das Land die Hochschulen ausreichend? Ist für die nächsten Zielvereinbarungen mit weiteren Kürzungen zu rechnen, womöglich in der ursprünglich geplanten Größenordnung von 50 Millionen im jährlichen Etat?
2. Internationalisierung ist ein wichtiges Stichwort in der Hochschulstrukturplanung des Landes. Tut das Land hier genug, auch für studierwillige Flüchtlinge? Wird der Standort Halle des Studienkollegs wie geplant geschlossen?
3. Was ist das Besondere an der Hochschulpolitik Ihrer Partei?

Antworten DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

1. Eine erneute Kürzungsrunde wäre verantwortungslos, denn die Hochschulen werden derzeit durch das Land nicht im erforderlichen Umfang finanziert. DIE LINKE möchte daher die Kürzungen aus der sogenannten Bernburger Vereinbarung zurückzunehmen, die Tarifsteigerungen vollständig durch das Land auszugleichen und einen Inflationsausgleich mit spezifischem Blick auf die Sachkosten im Wissenschaftsbereich. Zudem möchten wir, die strukturellen Defizite der Hochschulen aus der Strukturreform 2004 ausgleichen. Ziel ist es, den Abbau von Studienplätzen und das Streichen von Fächern aus Kürzungsgründen zu stoppen.
2. Die Hochschulen im Land haben bisher eine Reihe beachtenswerter Initiativen zur Aufnahme Studierwilliger Flüchtlinge unternommen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt unterstützt das ausdrücklich und hat sich parlamentarisch dafür eingesetzt, diese Initiativen zu verbreitern und noch besser durch das Land zu unterstützen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt spricht sich ausdrücklich für den Erhalt des Studienkollegs am Standort Halle aus.
3. DIE LINKE steht in der Hochschulpolitik für eine verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen, für die Einheit von Lehre und Forschung, für eine demokratische Hochschulstrukturdebatte, in der Grundlagenforschung, die Sozialwissenschaften, Kunst und Kultur sowie auch die sogenannten „Kleinen Fächer“ ihren Platz haben, für eine demokratische Hochschule, für angemessene Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven für den wissenschaftlichen Mittelbau, für starke Studentenwerke, für ein askömmliches BAföG, gegen Studiengebühren jeder Art, für angemessene Risikoforschung und gegen Militärforschung an den Hochschulen.